

Roman Grafe
Sprecher der Initiative
„Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“
www.sportmordwaffen.de

Presse-Erklärung vom 23. Januar 2023

Ein Jahr nach Amok in Heidelberger Universität

Mordwaffen in Österreich noch immer frei verkäuflich

Das Waffenrecht ist auch ein Jahr nach dem Amoklauf in der Universität Heidelberg im Januar 2022 kriminell lasch. Am tödlichen Risiko wurde nichts geändert. Die gleichen Mordwaffen sind bis heute in Österreich frei verkäuflich. Ein Amoklauf wie in Heidelberg ist jederzeit auf die gleiche Weise möglich. Und die Innenministerien in Berlin und Wien stellen sich auf Nachfrage taubstumm.

Am 24. Januar 2022 wurde beim Amoklauf in der Universität Heidelberg die 23jährige Biologie-Studentin Marie Luise Jung mit einem Schuß in den Kopf getötet. Auch drei Kommilitonen erlitten Schußverletzungen. Der Täter, ein 18jähriger Student, hatte die Mordwaffe legal in Österreich erworben. Dafür brauchte er keine Waffenerlaubnis: Schrotflinten sind in Österreich frei verkäuflich. – So macht man es Mördern leicht.

Ein Jahr nach der Heidelberger Gewalttat hat die Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ nachgefragt, ob bei den behördlichen Ermittlungen zum Amoklauf Mängel im Waffenrecht festgestellt wurden. Die Bundes-Innenministerien in Berlin und Wien haben sich geweigert, diese Frage zu beantworten. Auch weitere Fragen sind nicht beantwortet worden.

Die beiden Innenministerien *dokumentieren* nicht einmal jene Gewalttaten, die mit in Österreich legal erworbenen Schußwaffen in Deutschland durchgeführt werden.

Die Sportmordwaffen-Initiative fragt: Hätten die Bundes-Innenminister bei mehr Opfern beim Heidelberger Amoklauf eine wirksame Verschärfung des Waffenrechts angeregt oder gefordert? Wenn ja, ab welcher Opferzahl etwa? Bei über 10, 20 oder 30 Opfern oder mehr?

Die Sportmordwaffen-Initiative fordert ein unverzügliches Verbot des Verkaufs von tödlichen Schußwaffen in Österreich an Bürger ohne Waffenerlaubnis, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Auch die deutsche Bundesregierung wird aufgefordert, den Waffenerwerb von Bürgern aus Deutschland im Ausland ohne Erlaubnis zu unterbinden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser soll sich umgehend für eine entsprechende Verschärfung der EU-Feuerwaffenrichtlinie einsetzen bzw. den tödlichen Konflikt mit Österreich bilateral klären.

*Roman Grafe ist Autor des Buches „Spaß und Tod. Vom Sportwaffen-Wahn“. 2009 und 2016 sprach er als Sachverständiger für Waffenrecht im Deutschen Bundestag. Er ist Sprecher der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“, die seit dem Winnender Schulmassaker 2009 für ein Verbot tödlicher Sportwaffen kämpft. Die Initiative hat **rund dreihundert Opfer** in Deutschland seit 1990 dokumentiert, getötet mit Schußwaffen von Sportschützen. Siehe: www.sportmordwaffen.de*

Hintergründe

Waffenrecht in Österreich

In Österreich hat jeder „unbescholtene Bürger“ ab dem 21. Lebensjahr das Recht, innerhalb des eigenen Anwesens zur Selbstverteidigung Pistolen, Revolver und halbautomatische Gewehre zu besitzen. Die dafür erforderliche Waffenbesitzkarte bekommt man auch als Sportschütze, Jäger oder Waffensammler. Inhaber eines Waffenpasses dürfen die genannten Waffen sogar in der Öffentlichkeit tragen.

Derzeit besitzen laut Innenministerium in Österreich über 300.000 Bürger mehr als eine Million genehmigungspflichtige Schußwaffen. Seit der Flüchtlingskrise 2015 haben sich nochmal auffallend mehr Österreicher bewaffnet.

Büchsen und Flinten, die nach jeder Schußabgabe händisch nachgeladen werden müssen, dürfen volljährige EU-Bürger in Österreich (anders als in Deutschland) völlig problemlos, ohne Waffenbesitzkarte erwerben. Obwohl solche Waffen ebenfalls tödlich wirken und in der Vergangenheit nicht nur in Österreich unzählige Menschen damit ermordet wurden.

Bei den Schulmassakern mit legal erworbenen Schrotflinten 2018 in Kertsch (Krim) und 2021 im russischen Kasan gab es insgesamt 29 Todesopfer, überwiegend Schüler. Die gleichen Mordwaffen wurden verwendet 2010 beim Amok in der nordenglischen Grafschaft Cumbria. Oder 1999 in der Columbine High School in Colorado und 2016 in der Community School in La Loche (Kanada).

Forderungen nach dem Heidelberger Amoklauf

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte nach dem Amoklauf in der Heidelberger Universität schärfere Regeln für den legalen Waffenerwerb im Ausland. Er sei entsetzt, wie leicht es immer noch sei, in Europa an Waffen zu kommen.

Der Obmann der GRÜNEN in Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Marcel Emmerich, sprach sich für eine Verschärfung der EU-Feuerwaffenrichtlinie aus. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sollte sich in der Runde der EU-Innenminister dafür einsetzen. Wenn jemand im Nachbarland legal Waffen und Munition kaufen könne, um dann schwer bewaffnet in seinem Heimatland Menschen zu töten, gebe es ganz klar Handlungsbedarf.

Ein ausführlicher Hintergrund-Artikel von Roman Grafe zum Thema ist heute erschienen auf *Stern.de* – siehe: <https://www.stern.de/gesellschaft/nach-heidelberg-amoklauf--waffen-in-oesterreich-weiter-frei-verkaeufllich-33116396.html>